

**Die Linkspartei.PDS
Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt
Arbeitskreis Kultus**

Antworten auf Fragen des Philologenverbandes Sachsen-Anhalt:

1. *Welche Veränderungen im inhaltlichen und strukturellen Bereich der allgemeinbildenden Schulen (insbesondere im Zusammenhang mit den Gymnasien) würden Sie in Regierungsverantwortung anstreben?*

Im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen die Sekundarschulen.

Ziel ist es, die Qualität der Ausbildung deutlich zu erhöhen und den Anteil der Schülerinnen und Schüler zu steigern, die den Realschulabschluss erreichen oder studienqualifizierende Bildungswege im allgemein bildenden und berufsbildenden Bereich in der Sekundarstufe II einschlagen. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die Schule mit einem Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss verlassen, soll gesenkt werden.

Nach dem 9. Schuljahrgang soll, bei Erreichen entsprechender Leistungen, der Übergang in den 10. Schuljahrgang der gymnasialen Oberstufe möglich sein. Dieser Weg zum Gymnasium soll gestärkt werden.

Dazu ist es aus unserer Sicht erforderlich:

- die Rahmenrichtlinien und Stundentafeln der Sekundarschulen weiterzuentwickeln und so anzupassen, dass bei einem direkten Übergang nach dem 9. Schuljahrgang zur gymnasialen Oberstufe die Anerkennung des Abiturs nicht gefährdet wird,
- individuelle Förderung und Nachteilsausgleich in allen Schulformen zu verstärken; dazu sollen weitere pädagogische Fachkräfte in den Schulen der Sekundarstufe I und II eingesetzt werden, die auch eine bessere Konzentration der Lehrkräfte auf den Unterricht ermöglichen,
- die Lehr- und Lernkultur insbesondere zum besseren Umgang mit heterogenen Schülergruppen zu entwickeln und die Selbständigkeit der Schülerinnen und Schüler im Bildungsprozess zu erhöhen,
- die Ausbildung in der Sekundarstufe I und II stärker mit selbständiger praktischer Arbeit zu verbinden, damit soll Lernmotivation gestärkt, die Nachhaltigkeit des Lernerfolges verbessert, technische Bildung ausgebaut und die Berufsorientierung und Berufsvorbereitung an allen Schulen qualifiziert werden (polytechnische Bildung).

Wir gehen weiter davon aus, dass die erhebliche soziale Abhängigkeit beim Zugang zu studienqualifizierender Ausbildung zurückgedrängt werden muss.

Die Linkspartei.PDS beabsichtigt, die skizzierten Veränderungen zunächst in den bestehenden Schulstrukturen umzusetzen sind. Eine Veränderung der Schulstruktur soll späteren Entscheidungen vorbehalten bleiben, wenn ausreichend klar geworden ist, wie die aus unserer Sicht einzuleitenden Veränderungen wirken.

Ziel ist eine Gemeinschaftsschule, deren Grundlagen durch eine Niveauentwicklung der beiden dominierenden Schulformen Sekundarschule und Gymnasium wachsen.

Folgende strukturellen Änderungen streben wir kurzfristig an:

- Erhöhung der Vollzeitschulpflicht auf 10 Jahre,
- Abschaffung des auf den Hauptschulabschluss orientierten Unterrichts an Sekundarschulen und kooperativen Gesamtschulen,
- Einführung des Übergangs von der Sekundarschule zum Gymnasium nach Abschluss des 9. Schuljahrgangs bei Vorliegen entsprechender Leistungen,
- Abschaffung von verbindlichen Schullaufbahneempfehlungen und Eignungstests am Ende des 4. Schuljahrgangs, damit freie Wahl der Schulform nach dem 4. Schuljahrgang,
- Schaffung der Möglichkeit, auf Wunsch der Schülerin oder des Schülers am Gymnasium auch den Realschulabschluss durch Prüfung erwerben zu können,
- Schaffung einer gesetzlichen Möglichkeit auf der Grundlage der Entscheidung der Einzelschule, die gymnasiale Oberstufe nach individuellen Lehrplänen zeitlich flexibel zu gestalten (zwei bis vier Jahre),
- Stärkung des Mitspracherechts der Schule bei der Auswahl der Lehrkräfte und des weiteren pädagogischen Personals,
- Maßnahmen zur Stabilisierung des Schulnetzes, darunter Möglichkeit zur Bildung von Schulverbänden, um ortsnahe Bildungsangebote erhalten zu können, sowie rechtliche Grundlagen zur Errichtung von Schulen, die nur die gymnasiale Oberstufe führen.

2. *Die Arbeit unserer Lehrerinnen und Lehrer wird in der Öffentlichkeit aus Unwissenheit über die Vielfalt dieses Berufes leider oft falsch eingeschätzt. Sehen Sie in der kommenden Legislatur Möglichkeiten der Verbesserung der Arbeitssituation unserer Pädagogen und der allgemeinen schulischen Rahmenbedingungen?*

Nach verschiedenen Untersuchungen hängt die Stressbelastung der Lehrkräfte nicht unerheblich von dem durch sie selbst reflektierten Erfolg der Bildungs- und Erziehungsarbeit ab.

Die Einführung von differenzierten Lehr- und Lernmethoden, mit denen in den zunehmend heterogenen Gruppen ein größerer Bildungserfolg bei den einzelnen Schülerinnen und Schülern erwartet werden kann, kann die Arbeitssituation deutlich verbessern. Einen ähnlichen Effekt erwarten wir von der Einführung praxisorientierter Elemente in der allgemeinen schulischen Bildung (polytechnische Bildung).

Durch den Einsatz zusätzlicher pädagogischer Fachkräfte sollen sich Lehrerinnen und Lehrer auch besser auf den Unterricht konzentrieren können.

Wir streben an, Lehrerinnen und Lehrern längere zusammenhängende Zeiten zur Fortbildung und Qualifizierung anzubieten.

Angesichts der Entwicklung in Sachsen-Anhalt und der auch auf mittelfristige Sicht angespannten Finanzsituation wird es im allgemein bildenden Bereich in der nächsten Zeit nicht möglich sein, die Schüler-Lehrer-Relation noch erheblich weiter zu verbessern.

Die Mittel für Bau- und Sanierungsmaßnahmen an Schulen werden auch künftig äußerst begrenzt bleiben.

Die Linkspartei.PDS wird sich aber für eine Bündelung der Mittel und eine Erhöhung der Effektivität des Mitteleinsatzes verwenden und dabei die Verfügungsrechte der Einzelschulen stärken.

3. Im Vergleich zur PISA-Studie 2000 gelang Sachsen-Anhalt drei Jahre später innerhalb der Bundesrepublik der größte Sprung nach vorn. Worauf führen Sie dieses erfreuliche Abschneiden zurück?

Wir schätzen die PISA-Untersuchungen als fundiertes vielseitiges Testverfahren, das verlässliche Aussagen zur erreichten Kompetenz auf den analysierten Gebieten und zu weiteren bildungspolitisch relevanten Fragen ermöglicht.

Dennoch verweisen wir darauf, dass aus zwei Messgruppen, nämlich von 2000 und 2003, eine Trend- oder Entwicklungsaussage nicht seriös abgeleitet werden kann. Darüber hinaus sind wir skeptisch, kurzfristig wirkenden schulpolitischen Entscheidungen signifikante Wirkungen auf die erreichten Kompetenzwerte zuzuschreiben. Das gilt sowohl für die unter der SPD-Regierung getroffenen Regelungen als auch für die der CDU-FDP-Regierung. Vielmehr sehen wir das erreichte Bildungsniveau als Ergebnis eines längerfristig wirkenden individuellen Entwicklungs- und Bildungsprozesses an, der von vielfältigen Faktoren beeinflusst wird.

Seriöse Verlaufsuntersuchungen, die belastbare Fakten liefern, die auf Ursachen der besseren gemessenen Kompetenzwerte schließen lassen, sind uns nicht bekannt.

Insofern sind alle Äußerungen in diesem Zusammenhang lediglich Vermutungen, die ggf. für einzelne Fälle oder auch einzelne Schulen zutreffen mögen, ob sie verallgemeinerbar sind, kann schwer nachgewiesen werden.

Uns ist aufgefallen, dass im Vergleich zur ersten PISA-Untersuchung die Vorbereitung auf PISA 2003 erheblich ernster genommen wurde. An einigen Schulen – so ist es uns berichtet worden – wurde auch sehr zielstrebig geübt, was keinesfalls zu kritisieren ist.